



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

††: Eine politische Betrachtung bei Gelegenheit des berliner Jubiläums.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Eine politische Betrachtung bei Gelegenheit des berliner Jubiläums.

Von der preussischen Grenze.

Manch Wort des Jubels wird in diesen Tagen in Berlin ertönen, wenn man auf die fünfzig Jahre zurückblickt, die seit Gründung der Universität verfloßen sind. Wol hat man Grund dazu, denn seit dieser Periode steht Berlin, das vorher in dem geistigen Leben der Nation fast nur eine negative Stellung einnahm, entschieden in dem Mittelpunkt desselben. Nicht etwa in dem Sinn, wie die Hauptstadt Frankreichs den Provinzen das geistige Lebensblut ausaugt: so ist es nie bei uns gewesen und dahin soll es nie kommen. Die Vertheidiger der Kleinstaaterci mögen darüber außer Sorge sein: auch wenn es einmal dahin kommt, daß den heißen Wünschen des Volks gemäß Deutschland sich zu einem Einheitsstaat entwickelt, wird doch die centrifugale Kraft des deutschen Lebens sich in der Wissenschaft und Literatur ebenso geltend machen, als in allen übrigen Gebieten. Nicht die Höfe sind die Träger der individuellen Entwicklung Deutschlands gewesen, sondern die Universitäten, die Pflanzstätten der Tradition sowol als die Tummelplätze aller großen geistigen Kämpfe. Preußen hat in seinem Gebiet eine Reihe tüchtiger Universitäten ertragen; schon lange hatten Königsberg und Halle geblüht, ehe Berlin an die Reihe kam, und nach der Gründung der berliner Universität haben nicht bloß jene beiden, sondern auch Bonn und Breslau ihre volle Selbständigkeit gewahrt. Das individuelle Leben der deutschen Hochschulen wird sich nicht abschwächen, sondern erhöhen, sobald ihre Beziehung zu den kleinen Residenzen aufhört.

Nicht im Sinn der französischen Centralisation hat sich die berliner Universität in die Mitte der deutschen Cultur gestellt, sondern in dem Sinn, daß jedes Moment der deutschen Bildung in Berlin seinen würdigen Vertreter fand. Bereits die erste Gründung der Universität ist durch eine Reihe glänzender Namen aus allen Richtungen verherrlicht; Berlin war der Mittelpunkt der historischen wie der philosophischen Schule, und dies dauerte fort bis in die

Mitte der dreißiger Jahre, wo die immer mehr um sich greifende Reaction auch dem wissenschaftlichen Leben den Nerv abschnitt. Denn mit einer Auswahl auch noch so würdiger Gelehrten ist es nicht gethan: wo die wissenschaftlichen Anstalten von dem allgemeinen geistigen Leben der Nation gelöst werden, hört ihre höhere Bedeutung auf. Eine Stadt wie Berlin, wo in jenen Jahren die Censur blinder und sinnloser wüthete als irgendwo anders, konnte auch in Beziehung auf die Universität ihren Beruf nur sehr theilweise erfüllen. Es ist jetzt in vieler Beziehung besser geworden, aber noch bleibt sehr viel zu thun, damit Berlin die Stellung, zu der es berufen ist, und die es in der ersten Hälfte der verfloßnen Periode wirklich eingenommen hat, in dem gebührenden Maß wieder ausfülle.

Es werden in diesen Tagen so viel Worte des Jubels erschallen, daß auch wol ein ernstes, mahnendes Wort dazwischen Raum finden mag. Preußen hat vollkommen Recht, mit Stolz auf die Gründung der Universität hin zu blicken, aber das ist nicht genug, es hat auch eine Lehre daraus zu ziehen, die sehr ernst erwogen sein will.

Mit Stolz kann Preußen daran zurückdenken, daß es in einer Zeit, wo es, von einem fürchterlichen Sturm erschüttert, mit einem Fuß bereits im Abgrund stand und sich nur noch krampfhaft an den alten Stamm seines gesunden Volksthum's klammerte; in einer Zeit, wo der übermüthige Eroberer noch mit beständigem Raub und Plünderung den zerrütteten Staat heimsuchte, daß es in dieser Zeit noch so viel Lebenskraft besaß, ein Werk zu Stande zu bringen, welches nicht in unmittelbarer Beziehung zur augenblicklichen Noth stand und doch weise darauf berechnet war, dem wahren Kern seines Lebens neue Nahrung zu geben. Friedrich der Große baute nach dem siebenjährigen Kriege, um seinen Feinden zu zeigen, daß er noch immer Geld in der Tasche habe, das neue Palais von Sanssouci: ein prächtiges königliches Werk, aber doch sehr klein und armselig gegen den stolzen Bau, den Preußen 1810 ausführte; Preußen nicht siegreich wie im Jahr 1763, sondern schimpflich geschlagen, gedemüthigt, auseinandergerissen, verrathen und verkauft, ein Spott seiner Gegner, ein Gegenstand des Mitleids für seine angeblichen Freunde. Mit Erstaunen sah man, daß Preußen nicht bloß aus windigen Diplomaten und hochmüthigen Kamasschenhelden bestand: die Stein, die Humboldt, die Schön, die Scharnhorst, die Niebuhr u. s. w. traten hervor, und noch unter dem Fuße des Siegers erregte Preußen dem gesammten deutschen Volk das Gefühl, daß in ihm und nicht in den abtrünnigen Rheinbundstaaten, auch nicht in Oestreich der Kern der Zukunft liege.

Es ist eine stolze, glorreiche Erinnerung, aber sie soll uns zugleich warnen, nicht zu sorglos auf die alten Namen, auf die alten Künste zu vertrauen, die sich damals so schlecht bewährten, sondern heute wie damals mit der Zeit fort-

zuschreiten und die geistige Führung zu übernehmen, die uns zukommt. Nicht unser Hochmuth und unsere Einbildung wird uns diese erringen, sondern nur das energische Zusammenraffen aller unsrer Kräfte, die sich in der todten Ruhe verzehren.

Blicken wir noch einmal auf diesen Wendepunkt zweier so entgegengesetzter Perioden zurück.

Die Schlacht bei Jena war ein großes Unglück, aber sie war nicht das schlimmste. Die Uebergabe von Magdeburg, die Proclamation des allmächtigen Schulenburg-Rehnerk: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht! das stille Behagen der Berliner über die Demüthigung der hochmüthigen Junker, das waren viel ärgere Zeichen für die Fäulniß des Staats. Die alte überweife Diplomatie, die alten Exercitienmeister hatten den schmähhlichsten Bankrott gemacht; wer damals im Ausland an Preußen verzweifelte, hatte wol Grund dazu. Dennoch erkannte man nicht, daß die Fäulniß nur die Oberfläche des Staats angegriffen, das edle Mark des Volkslebens aber nicht berührt hatte. Die Regierung war über alle Begriffe erbärmlich gewesen, aber der Staat an sich war gesund. Die alten Diplomaten und Exercitienmeister verschwanden, das Heer wurde mit dem Volk versöhnt, das Bürgerthum, indem man ihm Freiheit gab, dem Staatsleben wieder gewonnen, das Königthum durch einen engen Bund mit der Nation gerettet. Den siebenjährigen Krieg hat der eiserne Wille eines großen Mannes geführt, durch ihn erzogen und vorgebildet schlug den Freiheitskrieg das preußische Volk.

Die Früchte der großen Zeit sind nicht so ausgefallen wie man es zu hoffen berechtigt war. Daß Preußen 1814 und 1815 wie immer schwache Diplomaten hatte, daß es im Frieden schlechter bedacht wurde als jeder andere Staat, war noch der geringste Schade; aber die alten Diplomaten und Exercitienmeister stellten sich wieder an die Spitze, das schöne Selbstvertrauen, Deutschlands Führung zu übernehmen, schwand dahin, alle politische Idee schrumpfte vor der einen, Angst vor der Revolution, zusammen, und so blieb der Staat Friedrich des Großen in schmähhlicher Abhängigkeit von dem großen wiener Diplomaten, bis 1848 eine neue Probe kam, auch diese schlecht bestanden wurde und die ganze Entwicklung mit einer Reaction schloß, die uns nahe an östreichische Zustände brachte. Es gehörte ein starker Glaube an Preußens Stern dazu, daß Deutschland den alten Führer nicht völlig aufgab.

Wem erzählen wir das Alles? Hundertmal ist es erzählt worden und Jeder weiß es. — Es kommt aber nicht auf das Wissen an, sondern auf das Handeln; und auch heute noch, da seit einigen Jahren der Weg allmählig verlassen ist, der uns zum Abgrund führen mußte, fehlt noch sehr viel daran, daß Preußen seine Kraft und seine Schwäche richtig erkenne.

Man fordert von Preußen vielerlei: es soll die Hegemonie in Deutsch-

land erwerben, es soll den Vorprung vor Oestreich gewinnen, es soll Schleswig-Holstein befreien, es soll die Franzosen und Russen schlagen u. s. w. Das alles sind Wünsche, die man zum Theil billigen kann und die auch nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegen; aber ehe man irgend eins von ihnen anfängt, muß vorher etwas anderes geschehn: — Preußen muß in seinem eigenen Lande Herr sein, oder um eine gemeine Redensart zu brauchen, man muß wissen, wer Koch und wer Kellner ist.

Man hat den Freiherr v. Stein vielfach gefeiert; es dürfte zweckmäßig sein, an einen Zug seiner früheren politischen Wirksamkeit zu erinnern. Er war Minister und machte mit mehreren seiner Collegen eine Eingabe, in welcher er dem König auseinandersetzte, daß Preußen zu Grunde gehn müsse, wenn die bisherige Doppelregierung fortbestände, die Regierung durch das Ministerium einerseits, die Regierung durch das Cabinet andererseits. Diese Eingabe zog ihm die allerhöchste Ungnade zu, aber der Erfolg zeigte, daß er recht gesehn. In der That, wie kann namentlich in einer Monarchie die Staatsmaschine sich fortbewegen, wenn ein Rad das andre hemmt? wenn eine Partei im Namen des Königs handelt und die andere entgegengesetzte dasselbe zu thun vorgibt? wenn beide sich gegenseitig als die Feinde des Vaterlandes anklagen und beide das Königthum in ihre Parteikämpfe hereinziehen?

In ganz ruhigen Zeiten könnte man diesen Zustand, wo man sich darüber streitet, was der höchste souveräne Wille eigentlich will, noch ertragen; unerträglich aber wird er in einer Zeit, wo jeden Augenblick eine Katastrophe eintreten kann, die den Staat zwingt, mit seiner ganzen Lebenskraft um Sieg oder Untergang zu spielen.

Ist im gegenwärtigen Augenblick Preußen innerlich so geordnet, um einer solchen Katastrophe mit Ruhe entgegen zu sehn? — Wir wollen einzelne Punkte hervorheben.

Die neuen Ernennungen zum Herrenhause, die man seit einem halben Jahr erwartete, sind erfolgt. Man hat sie von beiden Seiten mit Antheil, hier mit Neigung, dort mit Abneigung besprochen; eine große Aufregung aber haben sie unserß Wissen nicht hervorgebracht. Vor einem halben Jahr wären sie ein ungeheures Ereigniß gewesen. Denn da sie nicht vom Ministerium, sondern von der Krone ausgehn, so wäre durch sie die Insinuation der Junkerpartei, als bestände zwischen der Krone und dem Ministerium Uneinigkeit, schlagend widerlegt worden; die Krone hätte dem Herrenhaus gezeigt, daß sie im Verein mit den Landesvertretern die Macht besitzt, seinen principiellen Widerstand zu brechen, und den Willen, von dieser Macht Gebrauch zu machen. In diesem Augenblick dagegen hat man wenig an das Herrenhaus gedacht, und wenn auch im ersten Unwillen von der Kreuzzeitungspartei manche wun-

derliche Aeußerungen vernommen werden, z. B. daß durch einen Kampf zwischen der Krone und der Aristokratie nicht die letztere, sondern die erstere gefährdet werde, so wird man bei ruhiger Ueberlegung sich sagen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die in diesem Augenblick erfolgte Ernennung nichts anders bedeutet, als daß vorläufig keine weiteren Ernennungen folgen sollen, daß also für diese Saison die Majorität des Herrenhauses unverändert bleibt. Wir hören, daß einige Männer, die recht eigentlich ins Herrenhaus gehörten, ihre Ernennung abgelehnt haben, und wir können uns das vollkommen erklären, da sie unter diesen Umständen eine unklare Stellung fürchten müssen. Jedenfalls muß, wenn Preußen wirklich vorwärts schreiten will, eine viel durchgreifendere Reform des Herrenhauses erfolgen.

Wir lassen die Rechtsfrage, die mit vielen andern heiklen Fragen zusammenhängt, vollständig bei Seite. Es genügt, daß die Krone die Macht besitzt, auf verfassungsmäßigem Wege im Einverständnis mit der Landesvertretung die Reform durchzusetzen. Der Grundsatz mancher Doctrinaires, daß der constitutionelle Staat die Aufgabe habe, entgegengesetzte Kräfte gleichmäßig zur Geltung zu bringen, um eine durch die andre aufzuheben, ist zu sinnlos, als daß wir uns bei demselben aufhalten sollten. Der einzige Sinn des Zweikammersystems kann nur der sein, übereilten Beschlüssen der Abgeordneten einen Hemmschub anzulegen, ohne daß die Regierung immer in den Vordergrund gestellt wird, und den Wünschen und Forderungen des Volks die gereifte Einsicht der traditionellen Staatsbildung entgegenzusetzen. Diese traditionelle Bildung liegt bei uns nicht in der Aristokratie. Die höchste Aristokratie hat durch ihr Richterscheinen bereits ein befriedigendes Gutachten erstattet, und was den Landadel betrifft, so gehört er nicht in die erste, sondern in die zweite Kammer, d. h. er hat nur soweit Recht, seine Ansichten im Staatsleben geltend zu machen, als es ihm durch seinen Stand, durch seinen Reichtum, durch seine wohlthätigen Einflüsse auf die Umgebung gelingt, das Vertrauen des Volks zu erwerben. Haben wir eine wirkliche Aristokratie, so wird dieselbe durch einen naturgemäßen Proceß im Hause der Abgeordneten in gebührendem Maaße vertreten sein.

Für Preußen kann die Vertretung der traditionellen Staatsbildung nur einer Körperschaft anvertraut sein, die in der Weise des Staatsraths zusammengesetzt ist: diese Idee haben wir seit zwölf Jahren vertreten und sie wird sich endlich durchsetzen.

Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Herrenhauses ist das Schlimmste, daß der Landadel noch durch Ernennungen verstärkt ist, die sich aus der unglücklichsten Zeit unseres Staatslebens herschreiben; einer Zeit, in der es für die wahre Staatsweisheit galt, einen Ausrottungskrieg gegen die Demokratie zu führen, und den bei weitem größern Theil des Bürgerstandes

für Demokraten auszugeben. Dies System hat völlig Bankerott gemacht; läßt man ihm aber die Majorität des Herrnhauses, so heißt das entweder Abdankung der Krone zu Gunsten des Junkerthums, oder gesetzlich fixirte Anarchie.

Es dürfte aber bereits in dieser Saison nothwendig sein mit der Reform zu beginnen. Wie man auch über die neue Heeresorganisation denken möge, jedenfalls wird sie sehr vermehrte Kosten erfordern; diese wiederum in der Weise decken zu wollen, wie im laufenden Jahr, würde uns mit reißender Schnelligkeit in die Bahn reißen, auf welcher die östreichischen Finanzen so glänzende Erfahrungen gemacht haben. Das einzige Mittel aber in geordneter Weise die Staatseinkünfte zu erhöhen, verweigert die Aristokratie.

Der Auftritt, der neulich in Köslin stattgefunden hat, ist bekannt. In einer Ungezwungenheit, wie man sie sonst nur den Demokraten beilegte, macht in einem geselligen Fest der Landadel gegen das Ministerium Front und spielt ihm gegenüber die höhere Classe der Bureaucratie aus, die anerkannter Weise gegen das Ministerium in offener Opposition steht. Wir ehren das schonende Verfahren des Ministeriums gegen seine alten Gegner; wir begreifen, daß es gern vermeiden möchte, dem Staat durch Pensionen neue Lasten aufzubürden, aber nachgerade wird es Zeit, den Conflict zu heben, wenn sich nicht in einer Krisis die Erfahrungen von 1806 wiederholen sollen. Das Beamtenthum soll nicht nach Parteirücksichten constituirte werden, aber wo das leider bereits geschehn ist, muß Remedur eintreten.

Wir haben auf die häufigen Conflictte zwischen Militär und Civil nicht ganz das Gewicht gelegt, welches andere Blätter unserer Farbe darin finden wollten; sehr bedenklich aber bleibt es immer, daß höhere Officiere jeden Soldaten mit strenger Strafe bedrohn, der nicht in Conflicten mit dem Civil bis aufs äußerste von seiner Waffe Gebrauch macht, wenn militärische Blätter das Verhältniß des preußischen Militärs zum preußischen Civilstand ungefähr so darstellen, wie der Feldmarschall Urban das Verhältniß des österreichischen Militärs zu den Italienern, wenn die Kreuzzeitung sich als das öffentliche Organ des Kriegsministeriums gerirt.

Vielleicht das allerbedenklichste für den jetzigen Augenblick aber ist die Haltung unserer Diplomatie an den auswärtigen und an den deutschen Höfen, die, zum großen Theil der alten Schule angehörig, die Quelle ihres Wissens in den Salons findet, in dieser Weise ihre Berichte abstattet und durch ihre Sympathie die Stellung der Würzburgischen Minister gegen die preußischen entschieden begünstigt. Es ist ganz unglaublich, wie wenig die preußische Regierung ihre eigene Stärke und Schwäche in Deutschland kennt.

Es sind in neuester Zeit einzelne Ereignisse eingetreten, die auf Besseres hoffen lassen. Das „correcte“ Verhalten des Grafen Perponcher in Gaëta wird

wenigstens eine Warnung für die Zukunft sein, und die Denkschrift eines erlauchten Prinzen über die französischen Heereseinrichtungen — deren Veröffentlichung und noch dazu mit politischen Nuzanwendungen freilich ungehörig sein mag — wird manchem Militair die Augen öffnen. Unbequem ist nur, daß Preußen nicht in der Lage ist zu warten. Napoleon soll den Piemontesen zugerufen haben: faites, mais faites vite! — Möchte sich es doch auch Preußen gesagt sein lassen.

Bis jetzt hat in letzter Zeit Preußen nur einen politischen Gedanken entwickelt, die Besorgniß eines Angriffs der Franzosen auf den Rhein. Diese Besorgniß ist nicht unbegründet und verdient unsere ernsthafteste Aufmerksamkeit; wenn man aber von ihr allein ausgeht, so bringt man sich in eine schiefe Stellung: man erscheint als Hilfe suchend, wo man doch der stärkere ist. Das Schauspiel in Baden war schön und würdig, und doch hätten wir außerdem, was geschehen ist und was nothwendig war, noch gern etwas anderes gewünscht. Es sei fern von uns, den persönlichen Verkehr von Königen, Kaisern unter einander einer Kritik unterziehen zu wollen; aber da man doch hört, daß von anderer Seite der Wunsch ausgesprochen wurde, Preußen möge die Richtung seiner Regierung ändern, so hätten wir einen ähnlichen Wunsch auch von preußischer Seite erwartet. In der freundschaftlichen Unterredung der Souveraine läßt sich manches sagen, was sich in einer officiellen Note nicht ziemen würde, und bei einer gemeinsam drohenden Gefahr hat der mächtigste unter den Bedrohten doch wol nicht nur die Berechtigung, sondern im gewissen Sinn die Verpflichtung, die Verbündeten darauf aufmerksam zu machen, unter welchen Bedingungen einzig und allein ein gedeihliches Zusammenwirken zu erwarten sein dürfte.

Manches hat sich nun freilich seitdem geklärt. Ueber die österreichischen Zustände kann sich Niemand mehr täuschen; von dieser Seite wird man auf Unterstützung antipreußischer Gelüste nicht mehr rechnen können, da von allen in der österreichischen Monarchie befindlichen Individuen gelinde gesagt neun Zehntel den Glauben an die Fortdauer derselben verloren haben. Eine Wahl zwischen Oesterreich und Preußen ist nicht mehr statthaft: diejenigen deutschen Staaten, die nicht etwa auf einen Rheinbund ausgehn, werden veranlaßt sein, mit Preußen unter jeder Bedingung abzuschließen. Diese Einsicht wird freilich bei den Mittelstaaten nicht eher eintreten als bis sie Preußen selber hat: aber sobald Preußen einmal klar erkannt hat, daß es die Situation beherrscht, wird diese Erkenntniß sofort allgemein werden. Alle Unterhandlungen mit den auswärtigen Mächten, mit Rußland und auch mit England, führen zu nichts, so lange Preußen nicht seine Situation mit Deutschland geordnet hat. Es hat bisher versucht, diese Ordnung im Einverständnis mit Oestreich vorzunehmen, es muß jetzt allein darin vorschreiten und sowohl um seiner eige-

nen Erhaltung willen als zum Zweck der Erhaltung aller übrigen deutschen Staaten, fordern, bestimmt fordern, daß für den Fall eines Reichskrieges diejenige Kriegsordnung, die im vorigen Jahre beinahe zu Stande gekommen wäre, jetzt im voraus festgestellt werde. Die Kriege werden jetzt sehr rasch geführt, und wenn wir uns über die Führung erst dann einigen wollen, wenn die Franzosen in München stehn, so heißt das zu lange gewartet.

Glücklicherweise kommt jetzt die Zeit, wo die preußische Regierung durch ihre Ehre verpflichtet ist, ihre oftmals ausgesprochene Ansicht über die Grenzen der Bundesmacht zur Geltung zu bringen. Kurhessen ist der Ort, wo sich die Frage, wer in Deutschland die erste Stelle hat, entscheiden muß. Die preußische Landesvertretung hat ihre Stimme abgegeben, die hessische ist im Begriff es zu thun. Hier ist die Sache ganz unzweideutig, und es darf in ganz Deutschland wer den Namen der Freiheit und des Vaterlandes im Munde führt keinen Anstand nehmen, sich so weit seine Stimme irgend reich energisch auszusprechen. Auf der friedlichen und gesegneten Erledigung dieser Angelegenheit beruht vielleicht die Zukunft Deutschlands. † †

### Das Handwerk im Alterthume.

3.

Alle Erwerbsthätigkeit, welche andre Erzeugnisse zum Gegenstande ihrer Bestrebungen hatte, als die Ackererzeugnisse und Heerden, konnte bei den Römern ebenso wenig wie bei den Griechen, und bei ihnen vielleicht noch weniger zur Geltung gelangen und sich Achtung erzwingen. Die Grundlagen zur Bildung eines freien ehrenwerthen Handwerkerstandes waren zwar auch hier schon seit alter Zeit vorhanden, denn sehen wir von den unterworfenen italischen Ureinwohnern ab, welche nicht leicht ohne äußere Unterstützung aus dem Zustande der Hörigkeit zur Selbständigkeit gelangen konnten, da ihnen hierzu anfänglich alle Bedingungen abgingen, so konnte sich doch aus der Plebs ein Geschlecht kräftiger wackerer Männer entwickeln, welche im Gegensatz zu den Erwerbsquellen der mächtigen Grundbauern und ihrer ebengenannten Hörigen, der Klienten, das Handwerk zu einer Quelle von Ehre, Ansehn und Wohlhabenheit machten. Allein die Richtung auf das